

Initiative überreicht Schröter 1751 Unterschriften

Silke Sommer-Hohl bringt Liste mit ins Rathaus – Abstimmungstermin schon im Januar 2013

Von Dirk Thannheimer

BAD SAULGAU - Das Aktionsbündnis gegen Gemeinschaftsschule hat den Namen geändert. Es heißt jetzt Bündnis pro Bildung. Am Ziel hat sich jedoch nichts geändert. Die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule in Bad Saulgau ab dem Schuljahr 2014/2015 soll durch einen Bürgerentscheid verhindert werden. Es wäre der erste Bürgerentscheid der Stadt Bad Saulgau überhaupt.

Voraussetzung hierfür ist ein Bürgerbegehren, das von zehn Prozent der stimmberechtigten Bürger, das sind etwa 1300, unterschrieben werden muss. Gestern waren Silke Sommer-Hohl, Mitinitiatorin und gleichzeitig Elternbeiratsvorsitzende des Störck-Gymnasiums, in Begleitung von zwei weiteren Gegnerinnen der Gemeinschaftsschule im Büro von Doris Schröter, um der Bürgermeisterin noch vor Ablauf der Frist einen dicken Aktenordner mit den gesammelten Unterschriften zu überreichen. Genau 1751 Unterschriften wurden in den vergangenen Wochen gesammelt. „Ich muss mich bei allen Helfern bedanken, die sich für das Bürgerbegehren so eingesetzt haben“, sagt Sommer-Hohl. Zwischen 25 und 30 Helfer des Bündnisses pro Bildung waren auf den Wochenmärkten unterwegs oder gingen von Haus zu Haus, um die erforderliche Anzahl der Unterschriften zu erreichen. Mit der Übergabe der Unterschriften ist der Weg zum Bürgerentscheid geebnet.



Simone Kern (links), Erika Thomma und Silke Sommer-Hohl vom Bündnis pro Bildung überreichen Bürgermeisterin Doris Schröter den Aktenordner mit 1751 Unterschriften. Damit ist die notwendige Anzahl für das Bürgerbegehren erreicht.

FOTO: DIRK THANNHEIMER

Erst aber muss festgestellt werden, ob die abgegebenen Unterschriften auch gültig sind. Silke Sommer-Hohl beschäftigt sich schon seit

etwa zweieinhalb Jahren mit dem Thema Gemeinschaftsschule. Sie ist nach wie vor der Ansicht, dass das Land Baden-Württemberg auch we-

gen des dreigliedrigen Schulsystems in sämtlichen Bildungstatistiken die vorderen Plätze belegt. Ihre Forderung lautet deshalb: „Hände weg von unseren Schulen.“

heißt es in einem Brief, der Doris Schröter mit überreicht wurde.

Der Brief spiegelt die Stimmung der Eltern aus der Kernstadt und den Ortsteilen wider, deren Kinder noch die Schule besuchen. Eltern befürchten unter anderem, dass gute Lehrer den Schulstandort Bad Saulgau verlassen, weil sie mit der Einführung einer Gemeinschaftsschule nicht einverstanden sind. Das Bündnis teilt nicht die Argumentation der Befürworter, dass Eltern ihre Kinder in Gemeinden mit einer Gemeinschaftsschule bringen. „Der Bürgerentscheid als Erhebung eines Meinungsbilds erscheint jedoch als lohnend, um fundiert eine Entscheidung über die Entwicklung des Schulstandortes Bad Saulgau treffen zu können“, so Sommer-Hohl.

Mehrheit benötigt 25 Prozent der Stimmberechtigten

In der nächsten öffentlichen Gemeinderatssitzung am **Donnerstag, 22. November, ab 18 Uhr** wird die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens festgestellt und damit auch der Bürgerentscheid beschlossen, der am 13. oder 20. Januar stattfindet. Auch über den Abstimmungstag entscheidet der Gemeinderat. Vorsitzende des Gemeindevahlausschusses ist per Gesetz Bürgermeisterin Doris Schröter. Zu ihrem

Stellvertreter soll der Erste Beigeordnete Richard Striegel gewählt werden. Die vom Bündnis pro Bildung zur Abstimmung gestellte Frage lautet: „Wollen Sie, dass sich die Stadt Bad Saulgau um die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule bemüht?“ Bei einem Bürgerentscheid gilt die Frage als so unterschieden, wie sie von der Mehrheit der gültigen Stimmen beantwortet wurde, sofern die Mehrheit 25

Prozent der Stimmberechtigten beträgt. Stimmen die Bad Saulgauer gegen die Gemeinschaftsschule, wäre die Stadt drei Jahre an dieses Votum gebunden. Frühestens Anfang 2016 könnte die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule geprüft werden. Weil Anträge nur zum jeweils übernächsten Schuljahr gestellt werden können, wäre die Gemeinschaftsschule keinesfalls vor 2017/2018 möglich. (sz)

Dem Bündnis geht es um eine demokratische Abstimmung

Mit dem Bürgerbegehren sei es der Initiative vor allem gelungen, die Eltern zu sensibilisieren. Dem Bündnis geht es in erster Linie darum, „dass die Bürger demokratisch über die Gemeinschaftsschule abstimmen sollen“, so Sommer-Hohl. „Es herrscht große Verunsicherung und es wird als sehr schade empfunden, dass die Eltern ohne Bürgerentscheid kein Stimmrecht haben, obwohl ihre Kinder direkt von der Wahlentscheidung betroffen sind“,